
OSZE-Vorsitz: Polen**FSK-Vorsitz: Aserbaidshan****84. GEMEINSAME SITZUNG (SONDERSITZUNG)
DES STÄNDIGEN RATES UND DES
FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION**

1. Datum: Mittwoch, 16. Februar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 15.05 Uhr

Schluss: 16.35 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński (StR) (Polen)
F. Osmanov (FSK) (Aserbaidshan)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ERÖFFNUNGSWORTE DES VORSITZENDEN DES
STÄNDIGEN RATES UND DES VORSITZENDEN
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

Vorsitz (StR), Vorsitz (FSK)

Punkt 2 der Tagesordnung: AKTIVIERUNG VON ABSATZ 16.3 DES WIENER
DOKUMENTS 2011 ÜBER VERTRAUENS- UND
SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN,
KAPITEL III „MECHANISMUS FÜR KONSULTA-
TIONEN UND ZUSAMMENARBEIT IN BEZUG
AUF UNGEWÖHNLICHE MILITÄRISCHE
AKTIVITÄTEN“; ABSATZ 16.3 „TREFFEN ALLER
TEILNEHMERSTAATEN IN BEZUG AUF
UNGEWÖHNLICHE MILITÄRISCHE
AKTIVITÄTEN“

Vorsitz (FSK), Litauen (Anhang 1), Lettland (Anhang 2) (Anhang 3), Estland
(Anhang 4), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern
Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des
Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und
Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (Anhang 5),

Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 6), Kanada (Anhang 7), Schweiz (FSC-PC.DEL/8/22 OSCE+), Ukraine (Anhang 8), Deutschland (Anhang 9), Norwegen (FSC-PC.DEL/2/22), Türkei, Vereinigtes Königreich (Anhang 10), Belarus (FSC-PC.DEL/3/22 OSCE+), Vorsitz (StR)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben

84. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 71, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS**

Sehr geehrte Damen und Herren Botschafter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich dem polnischen OSZE-Vorsitz und dem aserbaidischen Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) für die Einberufung dieser gemeinsamen Sondersitzung des Ständigen Rates und des FSK auf Ersuchen Lettlands, Estlands und meines eigenen Landes, Litauens, danken.

Der in Kapitel III des Wiener Dokuments vorgesehene Mechanismus ist eine wichtige Transparenz- und vertrauensbildende Maßnahme. Dieser Prozess kann jedoch nur dann wirksam sein, wenn der antwortende Staat ordnungsgemäß darauf eingeht und in völlig transparenter Weise Antworten hinsichtlich der ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten seiner Streitkräfte gibt, die bei anderen Teilnehmerstaaten Besorgnis ausgelöst haben.

Litauen hat zusammen mit Lettland und Estland den Mechanismus wegen der mangelnden Transparenz bei der ungewöhnlichen und unvorhergesehenen gemeinsamen russisch-belarussischen Militärübung „Entschlossenheit der Union 2022“ aktiviert, die derzeit in Belarus stattfindet. Wir wissen die Dialogbereitschaft von Belarus zu schätzen. Wie der parallel dazu von der Ukraine gegenüber Russland aktivierte analoge Prozess zeigt, ist diese Dialogbereitschaft keine Selbstverständlichkeit. Dennoch halten wir die bisher von Belarus erhaltenen Antworten für unbefriedigend. Das ist der Hauptgrund, warum das Verfahren nach dem Mechanismus zur Verminderung der Risiken heute fortgesetzt wird.

Wir ersuchen Belarus erneut, sich aktiv am Abbau der Spannungen zu beteiligen, indem es die angeforderten Informationen über die Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ zur Verfügung stellt, insbesondere zu folgenden Punkten:

1. Stärke und Zusammensetzung der an der Übung teilnehmenden Streitkräfte
2. eingesetzte Hauptwaffensysteme und eingesetztes Großgerät
3. Datum der Rückkehr der russischen Truppenteile und Truppenformationen an ihre normalen Friedensstandorte

4. Welche Transparenzmaßnahmen nach dem Wiener Dokument ist Belarus bereit zu ergreifen?
5. Ist Belarus bereit, einen Besuch anderer Teilnehmerstaaten im Übungsgebiet im Einklang mit Absatz 18 des Wiener Dokuments zu organisieren?

Alle Teilnehmerstaaten haben sich aus freien Stücken zur Einhaltung der OSZE-Prinzipien und zur Umsetzung aller OSZE-Verpflichtungen verpflichtet. Es ist daher völlig inakzeptabel, dass Belarus und Russland nun von diesen Verpflichtungen abrücken und Handlungen setzen, die ihnen völlig zuwiderlaufen.

Eines der wichtigsten OSZE-Prinzipien ist der Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen andere Staaten. Vor diesem Hintergrund haben wir mit großer Sorge die Erklärung Alexander Lukaschenkos vom 7. Februar zur Kenntnis genommen, dass sich die russisch-belarussische Militärübung erforderlichenfalls gegen die Ukraine und die NATO richten könnte.

Als die OSZE-Teilnehmerstaaten – auch hier: aus freien Stücken – das Wiener Dokument vereinbarten, gingen sie eine Reihe sehr konkreter Verpflichtungen ein. Kapitel V des Wiener Dokuments schreibt vor, dass jede militärische Aktivität, an der mindestens 9 000 Mann, einschließlich Unterstützungstruppen, beteiligt sind, der Ankündigung unterliegt. Wie der Leiter der Generaldirektion für Gefechtsausbildung der belarussischen Streitkräfte, Generalmajor Andrej Nekraschewitsch, am 21. Januar erklärte, werden fast alle belarussischen Streitkräfte zusammen mit militärischen Truppenteilen des Militärbezirks Ost und den Luftlandkräften der Streitkräfte der Russischen Föderation an der Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ beteiligt sein. Dies und andere öffentlich zugängliche Informationen über die an der Übung beteiligten Truppen machen deutlich, dass die Schwelle für eine Ankündigung nach dem Wiener Dokument überschritten wurde.

Darüber hinaus hat Belarus in seiner Antwort angegeben, dass einige militärische Truppenteile des Militärbezirks Ost der Streitkräfte der Russischen Föderation Aufgaben wahrnehmen, die nicht in den Rahmen der Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ fielen. Wir warten auf eine Erklärung über die Zielsetzungen dieser militärischen Aktivitäten, über ihre Verbindung zu der Übung und über die genaue Art der Aufgaben, die von den russischen Streitkräften in unmittelbarer Nähe der internationalen Grenzen von Belarus durchgeführt werden.

Litauen seinerseits ist offen und transparent in Bezug auf seine militärischen Aktivitäten, einschließlich derjenigen, an denen die Streitkräfte unserer Verbündeten beteiligt sind. Dementsprechend hat Litauen die internationale Übung „Saber Strike“ und die damit verbundene nationale Übung „Strong Griffin“ als größere militärische Aktivitäten angekündigt, die im Jahr 2022 auf litauischem Territorium durchgeführt werden sollen. Anfang März werden wir zwei belarussische Offiziere zu einem Übungsbeobachtungsbesuch empfangen.

Wir begrüßen die von Belarus an Litauen und Lettland gerichtete Einladung, Beobachter zur Endphase der Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ vom 18. bis 20. Februar zu entsenden. Ich muss jedoch noch einmal unseren Standpunkt bekräftigen: Freiwillige Transparenz kann und sollte zu Berechenbarkeit und Vertrauen beitragen, aber

nur als ergänzende Maßnahme. Freiwillige Maßnahmen können die im Wiener Dokument vereinbarten Maßnahmen nicht ersetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach dem Wiener Dokument sollen der Ständige Rat und das FSK gemeinsam die Lage einschätzen und den beteiligten Staaten Empfehlungen zur Stabilisierung der Lage und zur Beendigung der Aktivitäten, die Besorgnis auslösen, erteilen. Unseres Erachtens sollten diese Empfehlungen Folgendes umfassen:

1. Das Wiener Dokument ist die wichtigste vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme (VSBM) im Instrumentarium der OSZE zur Vertrauensbildung, zur Förderung der Transparenz und zur Verminderung der militärischen Risiken. Die Teilnehmerstaaten sollten sich erneut verpflichten, die im Rahmen des Wiener Dokuments vereinbarten Maßnahmen in vollem Umfang und in gutem Glauben umzusetzen.
2. Die Nutzung des Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten nach Kapitel III ist eine legitime und angemessene Maßnahme. Ziel ist es, Risiken zu mindern, Missverständnisse zu vermeiden und die Berechenbarkeit zu erhöhen. Über die Nichtumsetzung oder selektive Umsetzung von vereinbarten Maßnahmen nach diesem Kapitel darf nicht hinweggesehen werden. Wir hatten erwartet, dass Russland als einer der beiden Staaten, die die Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ organisieren und durchführen, bei unserem Treffen mit Belarus am Montag und auch bei dieser gemeinsamen Sondersitzung des Ständigen Rates und des FSK heute anwesend sein würde.
3. Belarus sollte auf die gestellten Fragen antworten, und die Antworten sollten präzise, offen und aufrichtig sein.
4. Im Einklang mit Absatz 18 des Wiener Dokuments sollte Belarus bereit sein, einen Besuch in den Gebieten zu empfangen, in denen die militärische Aktivität stattfindet, die Grund zur Besorgnis gibt.
5. Freiwillige Transparenzmaßnahmen sind wertvoll, können aber nicht als Ersatz für die vereinbarten Maßnahmen angesehen werden. Die Verfahren zur Ankündigung und Beobachtung von Übungen sowie die Verifikationsmaßnahmen sind in vollem Umfang und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Wiener Dokuments anzuwenden.
6. Die von Litauen, Lettland und Estland vorgebrachten Besorgnisse sollten auf den FSK-Sitzungen und auf dem bevorstehenden Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung weiter erörtert werden.
7. Alle Teilnehmerstaaten sollten in einen Dialog darüber eintreten, wie die im Wiener Dokument vorgesehenen VSBM verbessert werden können, und insbesondere Vorschläge zur Verbesserung und Modernisierung des Mechanismus zur Verminderung der Risiken prüfen.

Verehrte Vorsitzende, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat
Forum für Sicherheitskooperation

FSC-PC.JOUR/71

16 February 2022

Annex 2

GERMAN

Original: ENGLISH

84. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 71, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION LETTLANDS

Verehrte Vorsitzende,

ich danke Ihnen für die Einberufung dieser gemeinsamen Sitzung des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation (FSK).

Wir sind vor zwei Tagen, am 14. Februar 2022, zu Konsultationen zusammengekommen, die der OSZE-Vorsitz nach Absatz 16.2 des Wiener Dokuments organisiert hatte, um Antworten von Belarus auf unsere Fragen zu erhalten. Leider hat Belarus weder in seiner Antwort auf unsere F10-Notifikation (CBM/LT/22/0003/F10/O) noch während der Sitzung am Montag angemessene Antworten geliefert.

Daher haben wir, die baltischen Staaten, im Einklang mit dem im Wiener Dokument festgelegten Verfahren diese gemeinsame Sitzung des Ständigen Rates und des FSK verlangt, um Belarus eine weitere Chance zu geben, uns und der gesamten OSZE solche Antworten zu geben.

Bei diesem Prozess geht es im Grunde nicht um Belarus und auch nicht um die baltischen Staaten. Ich möchte daran erinnern, dass Belarus bei dem Treffen am Montag angegeben hat, dass die Militärübungen auf seinem Gebiet nicht in unmittelbarer Nähe der lettischen oder litauischen Grenze stattfinden. Estland grenzt nicht einmal an Belarus. Nein, es geht hier vielmehr um die ausländischen Truppen an der Grenze zur Ukraine und in den vorübergehend besetzten Gebieten des Landes. Es geht also eigentlich uns alle an – nicht nur Europa, sondern den gesamten OSZE-Raum.

Wie auf dem Treffen am Montag zu vernehmen war, sind nicht nur die baltischen Staaten besorgt über die Konzentration russischer und auch belarussischer Truppen nahe der ukrainischen Grenze und in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine. Davon wird heute auch noch die Rede sein.

Denn das ist, glaube ich, der Sinn und die Aufgabe von internationalen Organisationen, nämlich aufzuzeigen, wo die Wahrheit liegt. Sie können diese Wahrheit erkennen, ohne dafür Resolutionen oder Beschlüsse zu brauchen. Sie können dies an der Anzahl der Teilnehmerstaaten ablesen, die sich im Zuge dieses Prozesses als betroffene

Staaten bezeichnet haben, und Sie können dies an ihren Erklärungen ablesen. Man muss nicht einmal ein Nachbar des Aggressorstaats sein, um die Werte der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Demokratie zu schätzen und ihren Schutz für wichtig zu erachten, wo auch immer sie noch existieren und wo auch immer Menschen den Willen bekundet haben, sie zu leben und sich von ihnen leiten zu lassen.

Entgegen den Behauptungen in einigen Erklärungen beobachten wir derzeit immer noch, dass zwei OSZE-Teilnehmerstaaten Truppen an der Grenze eines anderen Teilnehmerstaates zusammenziehen. Wir erleben, dass sie keine oder nur unzureichende Erklärungen zur Anzahl dieser Truppen sowie zu den Gründen und der Dauer ihrer Präsenz abgeben. Wir erleben, dass das Wiener Dokument missachtet und auch die Einhaltung anderer völkerrechtlicher Verpflichtungen verweigert wird, die diese beiden Staaten eingegangen sind und an die sie gebunden sind. Wir erleben direkte Versuche, die globale Sicherheitsarchitektur zu zerstören. Wir erleben, wie diese Staaten internationale Verträge aufgeben, brechen oder schlichtweg ignorieren. Wir erleben, wie sie zwar behaupten, es brauche Dialog und wir müssten miteinander reden, statt aufeinander einzureden, wie sie aber dann nicht bei Sitzungen erscheinen und nicht mit uns reden. Wir erleben, wie Russland und Belarus Truppen an der ukrainischen Grenze zusammenziehen und dann behaupten, sie seien diejenigen, die bedroht würden, wo wir doch Russland und Belarus lediglich ersuchen, sich mit uns allen an diesen Tisch zu setzen und einige simple Fragen zu beantworten.

Unsere Fragen zu den militärischen Aktivitäten von Belarus und Russland sind in der Tat sehr simpel und klar. Militärische Übungen unterliegen sehr strengen Regeln und Vorschriften, und ich bin sicher, dass die belarussischen und russischen Streitkräfte da keine Ausnahme bilden.

Wie auf dem Treffen am Montag angemerkt, fällt es äußerst schwer zu glauben, dass es keine Informationen darüber gebe, wie viele belarussische und russische Truppen sich derzeit in Belarus aufhalten oder an der ukrainischen Grenze konzentriert sind, und dass Zehntausende solcher Truppen einfach in einem OSZE-Teilnehmerstaat umherstreifen, ohne dass der betreffende Staat wüsste, wie viele es sind, wohin sie unterwegs sind, was sie tun und wann sie beabsichtigen, abzuziehen oder zu ihren Friedensstandorten zurückzukehren. Solange Belarus keine konkreten Antworten liefert, haben wir allen Grund zu der Annahme, dass das Land nicht an einem offenen und transparenten Handeln interessiert ist, das heißt, dass Belarus und Russland etwas zu verbergen haben. Wenn nun jemand Informationen über das Militär verheimlicht, so ist das nie ein Zeichen guter Absichten.

Durch die Auslösung des Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument haben die baltischen Staaten, obwohl sie selbst keine belarussischen und russischen Truppen vor ihrer Haustür haben, ein perfektes Beispiel für die Unteilbarkeit der Sicherheit geliefert, von der einige angeblich so gerne reden. Unsere Sicherheit ist in der Tat unteilbar. Heutzutage ist nichts mehr lokal. Diese Unteilbarkeit ist uns bewusst und wichtig, und deshalb haben wir diese Fragen gestellt und geben jetzt noch einmal Gelegenheit, sie zu beantworten.

Wir sind immer noch hier und laden dazu ein, auf den Weg des Dialogs und der Diplomatie zurückzukehren, anstatt Truppen an den Grenzen eines anderen Staates zusammenzuziehen.

Verehrte Vorsitzende,

dies ist ein erneuter Versuch, Klarheit über die Anzahl und den Zweck der in Belarus stationierten Truppen – sowohl der belarussischen als auch der russischen – zu erhalten. Bisher hat Belarus noch keine Antworten zu den genauen Zahlen, Daten und Plänen gegeben, um die wir in unserer F10-Notifikation ersucht haben und wie es in den Bestimmungen des Wiener Dokuments, das wir alle unterzeichnet haben, festgelegt ist.

Belarus hat jedoch nach wie vor die Möglichkeit, seinen Verpflichtungen in Bezug auf Transparenz und Risikominderungen nachzukommen.

Verehrte Vorsitzende,

lassen Sie mich abschließend noch einmal betonen, dass Russland und Belarus alle notwendigen Schritte zur Entschärfung der Lage unternehmen müssen. Lettland bringt weiterhin seine starke und beständige Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen zum Ausdruck.

Empfehlungen

Lettland schließt sich den Empfehlungen Litauens sowie den Empfehlungen in der Erklärung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten an.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beizufügen.

Danke.

84. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK

FSK-StR-Journal Nr. 71, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LETTLANDS**

Verehrte Vorsitzende, ich möchte von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen, um auf die soeben abgegebene Erklärung der belarussischen Delegation zu antworten.

Unser verehrter Kollege von der belarussischen Delegation hat behauptet, die Aktivierung des Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument durch die baltischen Staaten komme einer Politisierung der Situation gleich.

Das Verlangen nach Transparenz, Erklärungen und Klarstellungen betreffend ungewöhnliche militärisch bedeutsame Aktivitäten in einem Nachbarstaat im Rahmen eines Konsultationsprozesses ist jedoch keine Politisierung. Es geht lediglich um die Wahrnehmung der im Wiener Dokument vorgesehenen Rechte und die Nutzung der darin vorgesehenen Instrumente. Die Politisierung der Lage besteht vielmehr darin, die gestellten Fragen einfach nicht zu beantworten und nicht die Wahrheit über die laufenden militärischen Aktivitäten zu sagen, weswegen dieser Mechanismus ja gerade aktiviert wurde.

Unser belarussischer Kollege behauptete auch, dass die militärischen Aktivitäten, die derzeit in Belarus stattfinden, unterhalb der im Wiener Dokument festgelegten Schwellen lägen und keine Bedrohung für die Nachbarstaaten darstellten.

So sehr wir auch bedauern, dass in Belarus sämtliche freien Medien buchstäblich zerstört wurden und den Menschen im Land nur noch eine einzige Informationsquelle zur Verfügung steht, ist dies in den meisten anderen OSZE-Teilnehmerstaaten nicht der Fall. Wir haben sehr wohl Zugang zu anderen Informationsquellen. Deshalb werden wir, unabhängig von Ihren Aussagen, Belarus nach seinen Taten beurteilen, und diese können wir selbst sehen.

Unser belarussischer Kollege hat auch eine Reihe von Maßnahmen angesprochen, die Belarus zur Erhöhung der Transparenz ergriffen habe.

Ich muss hier noch einmal betonen, dass ein selektives Herangehen an die eigenen Verpflichtungen nicht hinnehmbar ist. Zuerst müssen einmal die rechtsverbindlichen

multilateralen Verpflichtungen eingehalten werden – erst dann können sie durch weitere freiwillige Verpflichtungen ergänzt werden.

Verehrte Vorsitzende, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

84. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 71, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ESTLANDS**

Ich danke den Vorsitzenden des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation für die Einberufung der heutigen gemeinsamen Sitzung. Sie ist der letzte Schritt im Rahmen des Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach in Kapitel III des Wiener Dokuments. Obwohl – oder vielmehr gerade weil – Belarus und Russland bisher keine klaren und transparenten Antworten auf die von Litauen, Lettland und Estland in ihrem förmlichen Ersuchen sowie von einer Reihe anderer Teilnehmerstaaten auf dem Konsultationstreffen am 14. Februar gestellten Fragen gegeben haben, werden wir weiterhin auf Klarstellungen zu den laufenden ungewöhnlichen und groß angelegten militärischen Aktivitäten auf dem Territorium von Belarus bestehen.

Ich schließe mich den Aufforderungen und Empfehlungen meines litauischen Vorredners und meiner lettischen Vorrednerin an. Auch Estland schließt sich vollinhaltlich der Erklärung an, die noch im Namen der EU-Mitgliedstaaten abgegeben werden wird, einschließlich der darin enthaltenen Empfehlungen. Zusätzlich möchte ich noch einige Anmerkungen als Vertreter meines Landes hinzufügen.

Wir anerkennen und begrüßen das Engagement von Belarus im laufenden Prozess nach dem Wiener Dokument. Unsere Fragen bleiben jedoch unbeantwortet – es mangelt an Transparenz hinsichtlich der groß angelegten Bewegungen russischer Truppen nach Belarus und der gemeinsamen militärischen Übung der beiden Länder. Der außergewöhnliche Charakter dieser Aktivitäten destabilisiert die europäische Sicherheit als Ganzes.

Eine gemeinsame Militärübung, an der das gesamte belarussische Heer und zehntausende russische Soldaten beteiligt sind, kann nicht als unbedeutende Aktivität betrachtet werden. Der diesbezügliche Mangel an Transparenz widerspricht dem Wortlaut des Wiener Dokuments 2011 und dem Geist der Vertrauens- und Sicherheitsbildung. Darüber hinaus wirft der Einsatz einer großen Zahl von Truppen und Panzern sowie einer großen Menge hochentwickelter militärischer Ausrüstung der Russischen Föderation zum Grenzschutz in Belarus zusätzliche Fragen auf und stellt eine Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität in der Region und darüber hinaus dar.

Das Gesamtbild, das sich mit dem russischen Truppenaufmarsch in der und um die Ukraine in letzter Zeit bietet, ist alarmierend – dies umso mehr, als sich Russland nicht

ernsthaft um Vertrauensbildung bemüht hat. Sich angemessen an den Mechanismen des Wiener Dokuments zu beteiligen, wäre ein natürlicher Schritt, mit dem Russland beweisen könnte, dass es es ernst meint, wenn es sein Interesse an diplomatischen Lösungen bekundet.

Ich fordere die Russische Föderation und Belarus auf, die Spannungen in der Region zu deeskalieren und deutlich zu mindern, das Wiener Dokument in Wort und Geist einzuhalten, die zum Ausdruck gebrachten Besorgnisse zu beseitigen und auf die detaillierten Fragen und Empfehlungen einzugehen, die bei den Treffen in dieser Woche im Rahmen des im Wiener Dokument vorgesehenen Mechanismus zur Verminderung der Risiken vorgebracht wurden.

Ich fordere die Russische Föderation und Belarus außerdem auf, sich an dem kürzlich vom Amtierenden Vorsitzenden eingeleiteten diplomatischen Prozess, nämlich dem erneuerten europäischen Sicherheitsdialog, zu beteiligen. Es sollte in unser aller Interesse sein, Meinungsverschiedenheiten durch diplomatische Gespräche auf Basis der gemeinsam vereinbarten grundlegenden OSZE-Prinzipien beizulegen.

84. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 71, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten begrüßen die Einberufung dieser gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) und des Ständigen Rates durch ihre Vorsitze Polen und Aserbaidshan auf Ersuchen der Delegationen Litauens, Lettland und Estlands. Diese Aussprache über die laufenden ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten auf dem Territorium von Belarus ist in der Tat dringend geboten, da die bisher vorgelegten Informationen nicht als zufriedenstellend angesehen werden können.

Wir verfolgen den massiven russischen Truppenaufmarsch an den ukrainischen Grenzen, auf der und um die rechtswidrig annektierte Halbinsel Krim und nun auch in Belarus sehr genau und mit großer Besorgnis. Das Ausmaß dieses Truppenaufmarschs untergräbt die europäische Sicherheit und Stabilität in gravierender Weise. Wir fordern Russland auf, den Aufmarsch unverzüglich rückgängig zu machen, seine Streitkräfte im Einklang mit seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen abzuziehen, den Weg der De- eskalation zu wählen und sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet ist, zu enthalten.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir uneingeschränkt die Aktivierung des Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach Absatz 16 des Wiener Dokuments durch Litauen, auch im Namen Lettlands und Estlands, am vergangenen Mittwoch. Wir alle haben das Wiener Dokument unterzeichnet, um militärische Risiken und Fehleinschätzungen zu verringern und Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten aufzubauen. Es ist ein wesentliches Element unserer gemeinsamen Sicherheit.

Wir haben die von Belarus am 11. Februar und dann auf dem vom OSZE-Vorsitz organisierten bilateralen Treffen am 14. Februar gelieferten Erklärungen zur Kenntnis genommen. Wir wissen es zu schätzen, dass Belarus das Wiener Dokument eingehalten und den Dialog aufgenommen hat. Jedoch wurden unseres Erachtens die wichtigen Fragen, die unsere Kolleginnen und Kollegen und unsere Partner gestellt haben, nicht angemessen und umfassend beantwortet. Insbesondere sind detaillierte Informationen über die russische-

belarussische Übung „Entschlossenheit der Union 2022“, über die Zeitpläne für die Rückkehr der beteiligten Truppen an ihre Friedensstandorte sowie über andere ungewöhnliche militärische Aktivitäten der Streitkräfte der Russischen Föderation auf dem Territorium von Belarus und in den Grenzgebieten von Belarus von wesentlicher Bedeutung. Daher begrüßen wir das heutige Treffen und wiederholen unsere Aufforderung an Belarus und die Russische Föderation, volle Transparenz walten zu lassen und die schwerwiegenden Besorgnisse betreffend die fraglichen Aktivitäten zu beseitigen. Wenn es an Transparenz und Vertrauen mangelt, können Provokationen, aggressive Rhetorik und die Verbreitung von Desinformation schlimme Folgen haben.

Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir die Lage weiterhin sorgfältig beobachten und auf jegliche weiteren Entwicklungen entschlossen reagieren.

Empfehlungen

Im Hinblick auf Maßnahmen zur Klarstellung der Lage sowie zur Beendigung der Aktivitäten, die Besorgnis auslösen, sprechen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Empfehlung aus, von allen einschlägigen Bestimmungen des Wiener Dokuments und anderer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen in vollem Umfang Gebrauch zu machen und insbesondere:

- an Belarus:
 - im Einklang mit seinen Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument vollständige Transparenz über seine militärischen Aktivitäten und die der russischen Streitkräfte herzustellen, insbesondere über die Gesamtstärke der Truppen und die Gesamtzahl der Hauptwaffensysteme und Großgeräte, die an den einzelnen Orten der Übung eingesetzt werden, über die Truppenteile und Truppenformationen, denen diese russischen und belarussischen Streitkräfte angehören, sowie über das genaue Datum der Rückkehr der russischen Truppenteile und Truppenformationen an ihre Friedensstandorte,
 - im Einklang mit Absatz 18 des Wiener Dokuments einen Besuch im Übungsgebiet zur Beseitigung der Besorgnisse über die ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten zu veranstalten sowie sein Territorium für Inspektionsbesuche zu öffnen, in deren Zuge das betreffende Gebiet auf potenziell anzukündigende militärische Aktivitäten hin inspiziert werden könnte,
 - Schritte zur Deeskalation der Lage zu unternehmen und einen vernünftigen Dialog und konstruktive Konsultationen aufzunehmen;
- an die Teilnehmerstaaten, den in Kapitel IX und X des Wiener Dokuments 2011 verankerten Verifikationsmechanismus zu nutzen, unter Berücksichtigung der einschlägigen nationalen Verfahren zur Durchführung von Verifikationsmissionen unter COVID-19-Bedingungen;
- an die beteiligten Teilnehmerstaaten, das FSK regelmäßig zu unterrichten, insbesondere über militärische Aktivitäten in Grenzgebieten.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Empfehlungen und unsere heutige Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹ und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien schließen sich dieser Erklärung an.

¹ Die Republik Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

84. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 71, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Danke, Herr Vorsitzender.

Die Vereinigten Staaten von Amerika begrüßen die auch im Namen Lettlands und Estlands getroffene Entscheidung Litauens, um diese gemeinsame Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) und des Ständigen Rates im Einklang mit dem Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument zu ersuchen.

Nie war der Zeitpunkt passender für die Aktivierung eines Mechanismus zur Verminderung der Risiken als heute. Russland hat entlang der ukrainischen Grenzen Streitkräfte von weit über 150 000 Mann zusammengezogen, die in über 100 taktische Gruppen in Bataillonsstärke gegliedert sind. Russland hat außerdem rund 30 000 Mann nach Belarus verlegt, darunter Spezialkräfte und Ausrüstung wie ballistische Kurzstrecken-Raketensysteme sowie Flugabwehrbatterien.

Wir sind daher äußerst enttäuscht, dass Belarus auf dem Treffen der interessierten Staaten am 14. Februar nicht die Gelegenheit genutzt hat, um mehr Transparenz zu schaffen, Klarstellungen zu liefern oder auf Fragen zu seiner unvorhergesehen, groß angelegten Militärübung „Entschlossenheit der Union 2022“ und seinen anderen ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten entlang seiner Südgrenze zu antworten. Ja, wir waren bestürzt, dass Belarus versucht hat, die Aktivierung des Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument als provozierend und eskalierend darzustellen. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Dieses Instrument ist genau für den Umgang mit Situationen wie der gegenwärtigen da.

Die Vereinigten Staaten hatten gehofft, dass Belarus die Gelegenheit nutzen würde, um eine substanzielle Antwort auf das Ersuchen um eine Erklärung für diese höchst ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten zu liefern. Wir erinnern daran, dass das Wiener Dokument von Belarus verlangt, „gestellte Fragen [zu] beantworten und jede andere zweckdienliche Information [zu] geben, um die betreffende Aktivität zu erläutern und die Besorgnis zu beseitigen.“ Wie ich bereits in unserer letzten Sitzung gesagt habe, ist eine ehrliche und ausführliche Erklärung betreffend Umfang, Zusammensetzung und Zweck der betreffenden Aktivität längst überfällig.

Die Behauptung von Belarus, die nicht näher angegebene Gesamtzahl der an dieser massiven Übung teilnehmenden Streitkräfte und Hauptwaffensysteme überschreite die im Wiener Dokument 2011 festgelegte Schwelle nicht, halten wir, offen gestanden, für völlig unglaubwürdig. Diese Behauptung lässt sich nicht damit in Einklang bringen, dass eine riesige Menge von russischem Militärpersonal und russischer Ausrüstung aus dem Militärbezirk Fernost verlegt wurde. Es entspricht auch nicht den öffentlichen Erklärungen der belarussischen Militärbehörden selbst, denen zufolge nahezu die gesamten Streitkräfte der Republik Belarus an diesem „komplexen Vorgang“ teilnehmen würden

Herr Vorsitzender, die Darstellungen und Zahlen passen nicht zusammen.

Nach dem Wiener Dokument unterliegt die Ankunft oder Konzentration von Kräften von außerhalb der Anwendungszone der Ankündigung, wenn diese bestimmte Schwellen erreichen oder überschreiten. Wir ersuchen daher erneut um Klarstellungen über die Anzahl der russischen Truppen und der russischen Ausrüstung aus dem Militärbezirk Ost auf dem Territorium von Belarus. Im Interesse der Transparenz und der Verminderung der Risiken ersuchen wir um diese Informationen, auch wenn diese Konzentrationen angeblich unter den jeweiligen Schwellen liegen.

Wir ersuchen auch um konkrete Informationen über die Aktivitäten der russischen Streitkräfte auf belarussischem Territorium einschließlich derjenigen, die entlang der Grenze zur Ukraine disloziert sind und von denen Belarus behauptet, dass sie „Grenzschutzmaßnahmen an Orten durchführen, wo keine Verstärkung durch den Grenzschutz und die Streitkräfte von Belarus möglich ist“. Warum sieht Belarus die Notwendigkeit einer Dislozierung russischer Truppen an seiner Südgrenze zur Ukraine? Was genau verstärken sie, und warum gerade jetzt?

Um unsere schwerwiegende Besorgnis hinsichtlich der höchst ungewöhnlichen Aktivitäten auf dem Territorium von Belarus zu beseitigen, haben wir um konkrete Antworten auf spezifische Fragen ersucht, die wir am 14. Februar zu folgenden Punkten gestellt haben:

- Anzahl der an der Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ beteiligten Truppen, Kampfpanzer, gepanzerten Mannschaftstransportwagen, Artilleriewaffen, Flugzeuge und Hubschrauber sowie der Anlandungen mittels Hubschrauber oder Fallschirmlandungen im Rahmen der Übung
- unterlassene Ankündigung dieser massiven Übung einschließlich der Ankunft und Konzentration von Truppen von außerhalb der Anwendungszone im Sinne des Wiener Dokuments
- Ablehnung eines lettischen Inspektionsersuchens durch Belarus unter dem Vorwand der COVID-19-Pandemie, obwohl das Land während eben dieser Pandemie eine massive Militärübung durchführt
- Ausführung der Übung und der damit verbundenen Aktivitäten als – laut belarussischer Aussage – einheitlichen „komplexen Vorgangs“ unter einheitlicher Führung

- Führung der russischen Kräfte auf dem Territorium von Belarus
- wechselseitiger Zusammenhang zwischen den verschiedenen militärischen Aktivitäten, die im Zuge dieses einheitlichen „komplexen Vorgangs“ gleichzeitig abgehalten werden, deren Kommandostrukturen und ihr Ziel
- genaue Anzahl der an „Grenzschutzmaßnahmen“ beteiligten russischen und belarussischen Truppen, Kampfpanzer, gepanzerten Mannschaftstransportwagen, Artilleriewaffen, Flugzeuge und Hubschrauber, deren Kommandostrukturen und ihre Ziele
- Marschziele und Zeitplan für den Abzug der russischen Truppen aus dem Territorium von Belarus

Kurz gesagt, halten wir es weder für glaubwürdig noch für möglich, dass eine so große Anzahl belarussischer und russischer Streitkräfte die Schwellen für die Ankündigung und die Beobachtung militärischer Aktivitäten nach dem Wiener Dokument nicht überschreiten. Wir sind zutiefst besorgt über diese höchst ungewöhnliche und provozierende militärische Aktivität, insbesondere vor dem Hintergrund des beispiellosen Militäraufmarschs Russlands in der Region.

Wie wir bereits früher festgestellt haben und wie ich auch heute wiederholen möchte, ist hervorzuheben, dass sich die NATO-Bündnispartner ganz im Gegensatz zu Russland um Transparenz bemühen und umfassende Informationen über ihre militärischen Großübungen zur Verfügung stellen. „Cold Response“, „Defender 21“ und „Saber Strike“ wurden alle gemäß den Verfahren nach dem Wiener Dokument angekündigt. Unsere Verbündeten und Partner stehen zu ihren Verpflichtungen im Bereich der Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung und kündigen regelmäßig selbst dann ihre Teilnahme an diesen Übungen und Aktivitäten an, wenn die Schwellen nicht überschritten werden.

Mit dem Wiener Dokument haben wir uns alle verpflichtet, im Rahmen unserer kollektiven Anstrengungen zur Verminderung des Risikos von Fehleinschätzungen, zum Abbau von Spannungen und zur Vertrauensbildung in gutem Glauben auf die von anderen Staaten geäußerten Besorgnisse hinsichtlich ungewöhnlicher militärischer Aktivitäten einzugehen. Wir hoffen, dass Belarus seinen Mangel an Transparenz und die selektive Umsetzung seiner Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument überdenkt, hilft, die vielen Besorgnisse zu beseitigen, die wir an diesem Tisch gehört haben, und unverzüglich Schritte unternimmt, um das Risiko eines militärischen Konflikts zu vermindern.

Wir empfehlen insbesondere Folgendes:

1. Belarus möge die im F10-Ersuchen der baltischen Staaten gestellten spezifischen Fragen bezüglich der Anzahl der Truppen, der Hauptwaffensysteme und des Großgeräts sowie der beteiligten Truppenteile der russischen und belarussischen Streitkräfte sowie alle im F14-Bericht des Vorsitzes gestellten Fragen, einschließlich derjenigen mit Bezug auf die Kommandostrukturen und das Datum der Rückkehr der Truppen an ihre Friedensstandorte, beantworten.

2. Belarus möge über alle militärischen Aktivitäten im Zusammenhang mit diesem „komplexen Vorgang“ Rechenschaft ablegen.
3. Belarus möge sich bereiterklären, einen Besuch nach Absatz 18 des Wiener Dokuments zu empfangen, einschließlich eines Hubschrauberüberflugs, um die Besorgnisse der heute hier anwesenden Teilnehmerstaaten zu beseitigen.
4. Belarus möge unverzüglich ermöglichen, dass die Verifikationsmaßnahmen nach Kapitel 9 und Kapitel 10 auch Inspektionen aus der Luft und die Vergewisserung umfassen, dass alle Kräfte an ihre Friedensstandorte zurück verlegt wurden.
5. Belarus möge das FSK über die Rückverlegung der Kräfte unterrichten.
6. Schließlich empfehlen wir allen Teilnehmerstaaten, sich für einen umfassenden und offenen Dialog über die Modernisierung und Verbesserung der militärischen Transparenz einzusetzen, an der es derzeit so deutlich mangelt.

Danke, Herr Vorsitzender.

84. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 71, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

vielen Dank für die Einberufung dieser wichtigen gemeinsamen Sondersitzung. Wir wissen Ihre fortgesetzten Bemühungen und die Ihres Teams zu schätzen. Außerdem möchte ich Botschafter Verba, Botschafterin Kaktina und Botschafter Soone dafür danken, dass sie um diese Gelegenheit zu einer Aussprache ersucht haben, und wir sind dankbar, dass, wenn auch Botschafter Dapkiunas, wie wir feststellen, nicht anwesend ist, Herr Dovgalev hier ist, um sich an den heutigen Erörterungen zu beteiligen.

Kanada ist tief besorgt über die jüngsten destabilisierenden Handlungen Russlands und das erhebliche Aufgebot an Truppen und Gerät entlang der Grenzen der Ukraine und auf der rechtswidrig besetzten Halbinsel Krim. Die groß angelegten Bewegungen von Truppen, Panzern und anderen Artillerietruppentteilen ohne deren vorherige Ankündigung stellen bedrohliche und destabilisierende Aktivitäten dar.

Die groß angelegten, kurzfristig angekündigten russisch-belarussischen militärischen Übungen, die derzeit auf belarussischem Gebiet stattfinden, tragen ebenfalls zur Erhöhung des Risikos bei. An diesen Übungen ist eine beträchtliche Anzahl an russischen Truppen und russischer Ausrüstung beteiligt, sogar aus dem fernen Militärbezirk Ost, und es werden offensive Raketensysteme wie Iskander-K eingesetzt. Angesichts der zunehmenden Spannungen in der Region täte echte militärisch Transparenz nach Geist und Buchstaben des Wiener Dokuments diesen Aktivitäten nur zu gut.

Wir begrüßen die Bemühungen Litauens, Lettlands und Estlands, von den Mechanismen zur Verminderung der Risiken Gebrauch zu machen, die das Wiener Dokument bietet, im Bemühen um größere Transparenz nicht nur hinsichtlich des Umfangs und der Größenordnung dieser Bewegungen auf dem Territorium von Belarus, sondern auch hinsichtlich ihrer strategischen Absicht. Genau dafür wurde das Wiener Dokument geschaffen: um angespannte Situationen durch Dialog und Informationsaustausch zu deeskalieren und damit unsere gemeinsame Sicherheit zu stärken.

Ich möchte betonen, dass ich es ermutigend finde, dass Belarus an der heutigen Sondersitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rats teilnimmt. Ich

glaube, dass die Teilnahme am Dialog ein wesentlicher Schritt ist, um das Verständnis zu verbessern und Vertrauen wiederherzustellen. Dieser Dialog muss aufrichtig und engagiert sein.

Ich bin heute hier, wie hoffentlich auch jeder und jede andere in diesem Saal, um offen und ehrlich über die Besorgnisse zu sprechen, die Litauen, Lettland, Estland und andere angesichts dieser groß angelegten Militärübung hegen. Für den Dialog braucht es jedoch immer zwei, und die Vertrauensbildung hängt davon ab, dass sich beide Seiten aufeinander einlassen. Öffentlich zugänglichen Quellen zufolge umfasst die Übung etwa 30 000 Mann, und weder Belarus noch Russland waren bisher bereit, Informationen darüber weiterzugeben, um die Besorgnisse ihrer Nachbarn zu zerstreuen.

Ich bin enttäuscht, dass wir heute noch nichts von Belarus vernommen haben, aber ich wiederhole, dass wir jede zusätzliche Information zur Erhöhung der Transparenz im Zusammenhang mit dieser groß angelegten Militärübung begrüßen würden, nicht nur wegen der Informationen selbst und der Befürchtungen, die sie zerstreuen könnten, sondern auch wegen des Vertrauens, das durch eine solche Geste des Austauschs aufgebaut würde. Kanada glaubt daran – und ich glaube daran –, dass die offene und transparente Anwendung des Wiener Dokuments und der damit verbundenen Mechanismen ein Eckpfeiler unserer gemeinsamen Sicherheit ist. Die gegenseitige Transparenz kommt allen zugute. Ein Mehr an Vertrauen kommt allen zugute. Die Verminderung des Risikos von militärischen Zwischenfällen kommt allen zugute.

Das Wiener Dokument stellt diese Instrumente zur Verfügung. Was spricht denn dagegen, Transparenz an den Tag zu legen und genaue Angaben über die Anzahl der Truppen und der Ausrüstung zu machen? Wenn keine bösen Absichten vorliegen, warum sollten diese Informationen dann nicht weitergegeben werden, als Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Verminderung militärischer Risiken? Es ist noch nicht zu spät, um Vertrauen aufzubauen

Ich würde sagen, dass die von der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagenen Empfehlungen viel für die Erreichung dieses Ziels der Wiederherstellung von Vertrauen, bewirken könnten, wenn Belarus bereit ist, sich darauf einzulassen.

Danke, Herr Vorsitzender.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat
Forum für Sicherheitskooperation

FSC-PC.JOUR/71
16 February 2022
Annex 8

GERMAN
Original: ENGLISH

84. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 71, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER UKRAINE

Herr Vorsitzender,

die Ukraine schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an. Ich möchte dem jedoch noch einige Anmerkungen in nationaler Eigenschaft hinzuzufügen.

Die Ukraine begrüßt die Einberufung dieser gemeinsamen Sitzung des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation durch ihre jeweiligen Vorsitze Polen und Aserbaidschan auf Ersuchen der Delegation Litauens im Namen Litauens, Estlands und Lettlands.

Auch die Ukraine hat immer wieder gefordert, alle verfügbaren Instrumente zur Verbesserung der militärischen Transparenz einzusetzen und die bestehenden Mechanismen zur Verminderung der Risiken aktiv zu nutzen, um die Spannungen in der Region entschärfen, die durch die unprovokierte, grundlose und beispiellose Konzentration russischer Truppen entlang der ukrainischen Grenzen verursacht wurden.

Wir haben die bilateralen Kontakte zwischen den Verteidigungsministerien der Ukraine und von Belarus in den letzten Tagen, die anschließenden Kontakte zwischen den Militärattachés und die Einladung an Militärbeobachterinnen und -beobachter zum Besuch der Endphase der Übung zur Kenntnis genommen. Diese Kontakte sind sicherlich ein positives Zeichen.

Wir sind jedoch nach wie vor der festen Überzeugung, dass diese direkten Kontakte auf bilateraler Basis zwischen den Führungsebenen der Verteidigungsministerien und den Führungsstäben der Streitkräfte die bestehenden multilateralen Mechanismen für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), insbesondere die Mechanismen zur Verminderung der Risiken, weder ersetzen können noch ersetzen sollten.

Wir sind der Ansicht, dass die Umsetzung dieser in einem multilateralen Format freiwillig eingegangenen Verpflichtungen nach Treu und Glauben zur Verbesserung des bestehenden Sicherheitsumfelds und zur Vertrauensbildung unter allen Teilnehmerstaaten beitragen würde. Sie liegt in unserem wechselseitigen Interesse.

Die Ukraine hat auch die Zusicherungen von Belarus zur Kenntnis genommen, dass die laufenden Militärmanöver keine Bedrohung darstellen.

Manche mögen versuchen, unsere Zweifel und Besorgnisse hinsichtlich der Aussichten auf eine Deeskalation der militärischen Spannungen an der Staatsgrenze der Ukraine als Belanglosigkeiten abzutun.

Die Realität der Lage hinterlässt jedoch bei uns ein Gefühl der Ungewissheit, zumal keine Klarheit besteht,

- wann die russischen Streitkräfte ihren Abzug aus dem souveränen Hoheitsgebiet von Belarus beginnen werden,
- wie lange die Rückkehr der russischen Streitkräfte an ihre Friedensstandorte auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation dauern wird und
- welcher Zeitplan für den Abzug der russischen Streitkräfte vorgesehen ist.

Alle diese Fragen sind für uns von besonderer Bedeutung, angesichts der Tatsache, dass 15 taktische Gruppen in Bataillonsstärke der russischen Streitkräfte in das Territorium von Belarus verlegt worden sind. Die Hauptkräfte sind entlang der Nordgrenze der Ukraine stationiert (in der Gegend von Brest, Masyr und Homel). Außerdem hat Russland seine Heeresflieger in der Region erheblich verstärkt.

Mit Blick auf die bitteren Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit machen mussten, sind unsere Besorgnisse wohlbegründet und sollten mit respektvollem Verständnis behandelt werden. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Russische Föderation der Ukraine und anderen OSZE-Teilnehmerstaaten im Frühjahr 2021 in ähnlicher Weise versichert hat, dass das Personal, die Waffen und die militärische Ausrüstung, die an der Militärübung „Sapad 2021“ nahe der Ostgrenze der Ukraine beteiligt waren, nach Abschluss der Übung an ihre Friedensstandorte zurückkehren würden.

Doch was geschah dann? Diese Zusicherungen entpuppten sich als leere Worte. Ungeachtet der abgegebenen Erklärungen wurde der Großteil der Waffen zusammen mit der militärischen Ausrüstung und der unterstützenden logistischen Infrastruktur in den Gebieten belassen, in denen die Übung „Sapad 2021“ durchgeführt worden war.

Wir erinnern uns auch an die Ereignisse auf der Krim im Jahr 2014, als ohne Zustimmung der Ukraine und unter Verstoß gegen bestehende bilaterale Abkommen und multilaterale Sicherheitsgarantien die Präsenz russischer Truppen auf ukrainischem Hoheitsgebiet verstärkt wurde.

Deshalb sind wir der festen Überzeugung, dass der Abzug der russischen Truppen aus dem belarussischen Territorium auf transparente und überprüfbare Weise in einem engen, klar definierten und gut kommunizierten Zeitrahmen erfolgen muss. Die im Wiener Dokument vorgesehenen Maßnahmen und Verfahren müssen zu diesem Zweck voll ausgeschöpft werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Ukraine ist außerdem besorgt darüber, dass die bestehenden VSBM und der im Wiener Dokument vorgesehene Mechanismus zur Verminderung der Risiken nicht genutzt oder sogar schlichtweg ignoriert werden.

Eine derartige Missachtung der OSZE-Verpflichtungen und -Mechanismen trägt zu einem weiteren Vertrauensverlust in den bilateralen und multilateralen Beziehungen bei.

Sie untergräbt auch unsere Verpflichtungen zur umfassenden, kooperativen, gleichen und unteilbaren Sicherheit, die zur Gänze vom politischen Willen abhängig sind, das, was wir in der OSZE freiwillig vereinbart haben, auch einzuhalten.

Ich möchte daran erinnern, dass die VSBM unter anderem mit dem Ziel entwickelt wurden, der Verpflichtung der Teilnehmerstaaten, in ihren wechselseitigen Beziehungen und in ihren internationalen Beziehungen insgesamt auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verzichten, Wirkung und Ausdruck zu verleihen.

In Anbetracht dieser Erwägungen können die uneingeschränkte Einhaltung von Geist und Wort des Wiener Dokuments und die Bereitschaft, auf die von benachbarten Teilnehmerstaaten geäußerten Besorgnisse nach Treu und Glauben einzugehen, nur zu größerer Transparenz führen und dazu beitragen, Fehleinschätzungen hinsichtlich der möglichen Absichten einiger Teilnehmerstaaten entgegenzuwirken.

Empfehlungen

Im Hinblick auf die Maßnahmen zur Klarstellung der Lage und zur Beendigung der Aktivitäten, die Besorgnis ausgelöst haben, empfehlen wir, dass alle einschlägigen Bestimmungen des Wiener Dokuments und anderer VSBM voll ausgeschöpft werden. Insbesondere sind unsere Empfehlungen:

an Belarus:

- einen substanziellen Dialog und konstruktive Konsultationen aufzunehmen, insbesondere mit den Nachbarländern, die ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht haben,
- im Einklang mit seinen Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument vollständige Informationen über den Umfang und die Struktur der an den Gefechtsübungen beteiligten Truppen sowie über die Dauer ihres Einsatzes zu übermitteln,
- den Teilnehmerstaaten Informationen über die Anzahl der im Rahmen der Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ nach Belarus verlegten russischen Truppen zu übermitteln,
- freiwillig Besuche und Inspektionen zu empfangen, um Besorgnisse über seine militärischen Aktivitäten zu beseitigen, im Einklang mit den Bestimmungen von Absatz 18 des Wiener Dokuments 2011.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Empfehlungen und unsere heutige Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

84. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 71, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender des Ständigen Rats,
Herr Vorsitzender des FSK,
sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollumfänglich an. Erlauben Sie mir dennoch, einige Worte in nationaler Kapazität zu ergänzen.

Die aktuelle, akute Bedrohung der Sicherheit im OSZE Raum ist besorgniserregend. Der massive russische Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine und die ungewöhnlichen militärischen Übungstätigkeiten in Belarus betreffen nicht allein die unmittelbaren Nachbarstaaten. Sie betreffen uns alle und sie drohen die gesamte, regelbasierte Sicherheitsarchitektur unserer Region zu untergraben.

Die OSZE wurde geschaffen, um gerade in Krisenzeiten zu deeskalieren und in solchen Situationen für Transparenz, für Vertrauen und für Sicherheit zu sorgen. Wir brauchen die Instrumente der OSZE, die wir alle gemeinsam beschlossen haben, zur Prävention und Lösung von Konflikten. Aber nur, wenn wir diese Instrumente auch gemeinsam nutzen, können wir Frieden, Sicherheit und Stabilität in unserer Region wiederherstellen und bewahren. Wir sind dankbar, dass die OSZE alle Mittel nutzt, inklusive des „Early Warning“ vom 14. Februar, um dem Ernst der aktuellen Lage Rechnung zu tragen.

Deutschland unterstützt ausdrücklich die Entscheidung unserer baltischen Partner – Litauen, Lettland und Estland – ihre Sicherheitsbedenken und Bedrohungsperzeption diplomatisch im Rahmen des Konsultationsmechanismus des Wiener Dokuments zu thematisieren. Wir appellieren an Belarus, sich aktiv und aufrichtig an der vollständigen Klärung der offenen Fragen und an der Herstellung militärischer Transparenz zu beteiligen und so zur Entschärfung der aktuellen Krise beizutragen. Wir bedauern zugleich, dass Russland – das den Großteil der Truppen stellt – sich dem Dialog durch Fernbleiben entzieht. Russland trägt damit nicht zur Deeskalation bei.

Deutschland steht eng und unumstößlich an der Seite seiner baltischen Partner und der Ukraine. Wie Bundespräsident Steinmeier heute erneut versichert hat, können sich unsere baltischen Bündnispartner auf Deutschlands Solidarität und praktischen Beistand verlassen.

Wir werden keine Kompromisse bei Grundprinzipien der europäischen Friedensordnung oder der Souveränität und territorialen Integrität von Teilnehmerstaaten eingehen.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

um ein friedliches Miteinander wiederherzustellen, müssen alle Teilnehmerstaaten den notwendigen politischen Willen zur Zusammenarbeit an den Tag legen und sich konstruktiv einbringen. Die Foren und informellen Formate der OSZE, wie der Ständige Rat, das FSK, der Strukturierte Dialog, aber auch das vom polnischen OSZE-Vorsitz jüngst initiierte Format „Renewed OSCE European Security Dialogue“ (RESO) bieten einen guten Ausgangspunkt, um ehrlich über die Sicherheitsinteressen aller OSZE-Teilnehmerstaaten zu sprechen, Vertrauen wiederaufzubauen und unserer aller Sicherheit langfristig zu gewährleisten.

Viele haben in den vergangenen Wochen betont, welche Bedeutung militärische Transparenz, Risikoreduzierung und Rüstungskontrolle bei diesem Prozess haben. Hier und heute, in dieser Sitzung, sehen wir ein konkretes Beispiel dafür, wohin uns der Weg führen kann, wenn die vorhandenen Instrumente zur Vertrauensbildung und militärischen Transparenz nicht von allen genutzt werden.

Es ist nun allerhöchste Zeit, den Weg zu einer militärischen Konfrontation zu verlassen und zur diplomatischen Zusammenarbeit zurückzukehren. Wir rufen alle Teilnehmerstaaten auf, sich am Dialog zu beteiligen, um unsere gemeinsame Sicherheitsarchitektur zu stärken.

Vielen Dank.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

84. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 71, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender, ich möchte zunächst Ihnen, dem Amtierenden Vorsitzenden und Ihrem Team für Ihre Bemühungen zur Einberufung dieses wichtigen und dringenden Treffens danken.

Das Vereinigte Königreich teilt die große Besorgnis Litauens, Lettlands und Estlands über den Mangel an Transparenz in Bezug auf ungewöhnliche und unvorhergesehene belarussische und russische Militäraktivitäten in den Grenzgebieten von Belarus.

Wir erkennen an, dass Belarus während des gesamten Prozesses anwesend und aktiv war. Wir sind jedoch enttäuscht, dass Belarus trotz wiederholter Aufforderungen, auch im Forum für Sicherheitskooperation und im gesamten Verlauf des Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach Kapitel III des Wiener Dokuments, nicht für die notwendige Transparenz bei diesen Aktivitäten gesorgt hat, obwohl zahlreiche Teilnehmerstaaten klare und berechtigte Fragen und Besorgnisse geäußert haben.

Die Aktivierung dieses Mechanismus nach dem Wiener Dokuments, um von Belarus Klarstellungen über die ungewöhnlichen und unvorhergesehenen militärischen Aktivitäten zu erhalten, die derzeit sowohl im Rahmen der Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ stattfindend als auch außerhalb, genießt unsere volle Unterstützung.

Das Wiener Dokument ist eine wesentliche vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme, durch die wir Transparenz schaffen und Risiken verringern. Da es sich um eine politische Vereinbarung handelt, obliegt es uns allen, uns an die politische Intention des Dokuments in Wort und Geist und an die völkerrechtlichen Normen zu halten, an die es uns bindet.

Auf der Sitzung am Montag, an der 36 Teilnehmerstaaten teilnahmen, wurden von Litauen, Lettland, Estland und anderen Staaten (darunter das Vereinigte Königreich) konkrete Fragen gestellt. Diese sind im Bericht der Vorsitzes CBM/PL/22/0003/F14/O enthalten und bleiben unbeantwortet. Das verstärkt unsere Besorgnis noch weiter.

Wir möchten betonen, dass es das Recht Litauens als Teilnehmerstaat ist, um eine Erklärung nach Kapitel III bezüglich jeglicher ungewöhnlicher und unvorhergesehener

militärischer Aktivitäten, die außerhalb der normalen Friedensstandorte stattfinden und militärisch bedeutsam sind, zu ersuchen. Wir fordern Belarus auf, die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen einzuhalten, zu denen es sich freiwillig bekannt hat.

Empfehlungen

Wir haben die folgenden vier Empfehlungen:

- Erstens: Belarus sollte die im Bericht des Vorsitzes (CBM/PL/22/0003/F14/) enthaltenen Fragen unverzüglich beantworten.
- Zweitens: Belarus sollte im Einklang mit Absatz 18 des Wiener Dokuments einen Besuch im Gebiet der Übung zur Beseitigung der Besorgnisse über die ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten veranstalten.
- Drittens: Unseres Erachtens sollte Belarus auf seinem Territorium Inspektionen bezeichneter Gebiete im Hinblick auf potenziell anzukündigende militärische Aktivitäten zulassen.
- Viertens: Belarus sollte Schritte zur Deeskalation der Lage unternehmen, auch durch einen vernünftigen Dialog und konstruktive Konsultationen.

Herr Vorsitzender, es ist von entscheidender Bedeutung, dass Belarus die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen einhält, zu denen es sich freiwillig bekannt hat, und verantwortungsvoll handelt, um die Lage zu deeskalieren.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung und dieser Empfehlungen als Anhang in das Journal des Tages.